

# **Ergebnisprotokoll des Positivenplenums am 09. Juni 2009 im Abgeordnetenhaus von Berlin von 19.00 bis 21.00 Uhr**

**Anwesende Positivensprecher:** Ralph Ehrlich, Gerhard Grünh, **Protokoll:** Gerhard Grünh  
**Moderation:** Holger Wicht

## **Inhaltlicher Schwerpunkt:**

### **149 Abgeordnete – 5 Parteien – 1 Virus AIDS-Aktionsplan für Berlin!**

#### **Menschen mit HIV und AIDS fordern von der Landespolitik:**

1. Mehr öffentliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und mehr Integrationsangebote bei Beschäftigung und Wohnen!
2. Ausbau und Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung, Integration in den 1. Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung und Selbsthilfeförderung!
3. Mehr Jugendprävention, Beschäftigungs-, Wohn-, Begegnungs- und Mehrbedarfsangebote durch vernetzte Aktivitäten auf Bezirksebene!
4. Pilotprojekt zur Ausgabe von Einwegspritzen in Haftanstalten!
5. Lösung der Probleme bei der medizinischen Versorgung von Menschen mit HIV und AIDS ohne Aufenthaltsgenehmigung!

#### **PolitikerInnen auf dem Podium:**

**Katrin Lompscher (LINKE, MdA, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz),  
Monika Thamm (CDU, Mitglied des Abgeordnetenhauses), Petra Merkel (SPD, Mitglied des  
Bundestages), Thomas Birk (GRÜNE, Mitglied des Abgeordnetenhauses), Kai Gersch (FDP,  
Mitglied des Abgeordnetenhauses)**

Mehr öffentliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und mehr Integrationsangebote bei Beschäftigung und Wohnen! Das war eine der Hauptforderungen im Rahmen eines AIDS-Aktionsplans für Berlin. Damit wurden PolitikerInnen aller Parteien auf dem Positivenplenum der Berliner Aids-Hilfe Anfang Juni im Abgeordnetenhaus konfrontiert. Der Landesverband der Berliner Aids-Selbsthilfegruppen (LABAS) nutzte den Anlass und forderte in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Gesundheitsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus ab dem kommenden Jahr 350.000 Euro für rund 10 Personalstellen mehr.

Die Politiker reagierten nicht nur in ihren Eröffnungsstatements überwiegend reserviert. Gesundheits-senatorin Katrin Lompscher (LINKE) wollte wie auch Kai Gersch (FDP) vor einer eventuellen Rücknahme der Kürzungen erst prüfen, ob die bestehenden Angebote für Menschen mit HIV/Aids optimiert werden könnten. Monika Thamm (CDU) drängte für die anstehenden Haushaltsberatungen auf Bedarfsnachweise. Nur Thomas Birk (GRÜNE) forderte im Rahmen des Gesamtkomplexes "sexuelle Gesundheit" eine Aufstockung der öffentlichen Mittel sogar um eine Million Euro.

Zahlreiche VertreterInnen diverser Berliner Aids-Projekte machten in ihren Wortbeiträgen eindrucksvoll deutlich: Nach den jahrelangen Mittelkürzungen könnten die aktuellen Angebote überhaupt nur mühsam aufrecht erhalten werden. An die Umsetzung innovativer Ideen sei überhaupt nicht mehr zu denken. Das mache sich vor allem auch bei der Prävention bemerkbar.

Vor dem Hintergrund fehlender Mittel wurde über weitere Forderungen wie Ausbau und Weiterentwicklung von Gesundheitsförderung, Integration in den ersten Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung und Selbsthilfeförderung kaum noch diskutiert. Auch Forderungen zum Beispiel nach mehr Jugendprävention, Einwegspritzen in Haftanstalten oder einer Lösung der Probleme bei der medizinischen Versorgung von Menschen mit HIV/Aids ohne Aufenthaltsgenehmigung stießen auf wenig Gegenliebe. Allerdings wurde die Forderung nach mehr Beteiligung von Menschen mit HIV und Aids an sie betreffende politische Entscheidungen laut.

Hintergrund dieses Positivenplenums war nicht nur die anstehende Bundestagswahl, sondern auch der sogenannte Integrierte Gesundheitsvertrag. Darin werden die Landeszuweisungen an Aids-Projekte geregelt. Anfang 2011 muss dieser Vertrag nach fünf Jahren um weitere fünf Jahre verlängert werden. Die politischen Entscheidungen dafür fallen in den Beratungen des Doppelhaushalts für die kommenden zwei Jahre. Thomas Birk (GRÜNE) machte deshalb abschließend ausdrücklich darauf aufmerksam: Die aktuelle Diskussion über Landeszuweisungen stelle die Weichen für die nächsten sechs Jahre. Aus der Sicht der meisten TeilnehmerInnen war die Diskussion trotz der angespannten Haushaltslage erstaunlich offen und parteiübergreifend.